

Nützliche Informationen

Gemeinde Vaduz lanciert eigene App

VADUZ In den vergangenen Monaten hat die Gemeinde Vaduz gemeinsam mit der Kernbrand AG sowie mit Illustrator Luigi Olivadotti eine App entwickelt, die für die Einwohnerinnen und Einwohner nützliche Informationen bereitstellen sowie einen direkten Austausch mit den Abteilungen ermöglichen soll. Weitere Details zur «Vaduz App» präsentiert Bürgermeister Manfred Bischof kommende Woche an einer Medienkonferenz, wie die Gemeinde Vaduz am Freitag mitteilte. (red/pd)

Aus der Region

Kanton St. Gallen hilft Familien in finanzieller Not

ST. GALLEN Der St. Galler Kantonsrat hat für Familien oder Einzelpersonen, die während der Coronakrise in finanzielle Not geraten sind, 250 000 Franken aus dem Lotteriefonds an Soforthilfe gesprochen. Das Geld wird von der Caritas St. Gallen Appenzel verwaltet. Die St. Galler Regierung hat eine entsprechende Leistungsvereinbarung mit der Caritas abgeschlossen, damit die Hilfe rasch ausbezahlt werden kann, wie die St. Galler Staatskanzlei am Freitag mitteilte. Das Hilfswerk habe grossen Erfahrung mit Armutsbetroffenen. Berechtigt für die Überbrückungshilfe sind Familien und Einzelpersonen mit Wohnsitz im Kanton St. Gallen. Es werden Kosten für Lebensmittel, Miete oder Krankenkassenprämien übernommen. Pro Person oder Familien kann nur ein Gesuch gestellt werden und es werden Beiträge von höchstens 2000 Franken ausgerichtet. Schulden oder Beteiligungen werden nicht übernommen. Die Betroffenen müssen sich laut Mitteilung vorgängig durch eine Beratungsstelle oder das Sozialamt der Gemeinde beraten lassen - nur über diese können Gesuche an die Caritas gestellt werden. Derzeit vermeldeten die Gemeinden im Kanton St. Gallen noch keine eigentliche Zunahme von Anfragen, heisst es weiter. Es sei aber damit zu rechnen, dass sich die Auswirkungen von Entlassungen und Kurzarbeit erst verzögert zeigen. (sda)

Aus der Region

In Bad Ragaz: Dreijährige von Rasenmäher überrollt

BAG RAGAZ Ein dreijähriges Mädchen ist in Bad Ragaz von einem Aufsitz-Rasenmäher überrollt worden. Es erlitt unbestimmte Verletzungen und wurde mit einem Rettungshelikopter ins Spital geflogen. Der Unfall geschah am Donnerstag kurz nach 15 Uhr, als ein 45-jähriger Mann eine Wiese eines Mehrfamilienhauses mähte, wie die St. Galler Kantonspolizei am Freitag mitteilte. Als er mit



Von diesem Aufsitz-Rasenmäher ist die Dreijährige erfasst und überrollt worden. (Foto: ZVG)

dem Rasenmäher rückwärts fuhr, rannte das Mädchen um eine Haus Ecke und wurde vom Heck des Rasenmähers erfasst und überrollt. Das Mädchen erlitt dabei unbestimmte Verletzungen. Nach der Erstbetreuung durch den Rettungsdienst wurde es mit einem Helikopter der AP3-Luftrettung ins Spital geflogen. (sda)

«HalbeHalbe»: Über das Ziel ist man sich einig, über den Weg nicht

Diskussionsveranstaltung Coronabedingt nicht vor Publikum, aber dafür im Fernsehen fand eine Podiumsdiskussion zu «HalbeHalbe» statt. Das Anliegen der Initianten fand zwar Anklang, nicht aber der gewählte Weg über die Verfassung.

VON DANIELA FRITZ

Not macht erfinderisch. Während der Coronapandemie muss man sich eben etwas einfallen lassen, um die Bevölkerung zu informieren: Das Initiativkomitee «HalbeHalbe» hat daher mit dem Haus Gutenberg und IFLTV eine Podiumsdiskussion organisiert - die zwar ohne Publikum stattfand, dafür aber auf IFLTV ausgestrahlt wird. Geladen sind neben Roland Marxer vom Initiativkomitee die Parteipräsidenten Marcus Vogt (FBP) und Günther Fritz (VU), die FL-CO-Präsidentin Conny Büchel-Brühwiler sowie der Politologe Wilfried Marxer, der zu Beginn einen Rückblick auf die politische Beteiligung von Frauen sowie deren Wahlchancen wirft. «Nach bald 40 Jahren seit der Einführung des Frauenstimmrechts könnten wir in der Gleichstellung ein paar Schritte weiter sein», begründet Marxer am Schluss, warum er am 30. August ein Ja für «HalbeHalbe» einwerfen wird.

Bewusstsein geschaffen

Doch auch wenn die Initiative vom Volk abgelehnt wird, sieht er etwas Positives darin: Zumindest trage die Diskussion rund um die Initiative zur Bewusstseinsbildung bei. Dies erkannten auch die Parteispitzen an: Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen 2019 sei vor allem auch auf die Arbeit von Organisationen wie Hoi Quote oder Vielfalt in der Politik zurückzuführen.

Nun wollen die Initianten den Gleichberechtigungsartikel in der Verfassung um den Zusatz «Die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien wird gefördert» ergänzen. Dem Ziel, den Frauenanteil in politischen Gremien zu erhöhen, können sich alle Podiumsteilnehmer ohne Wenn und Aber anschliessen.

Verfassung nicht der richtige Ort

Gespalten zeigt man sich jedoch in der Frage, wie dies erreicht werden soll. Die Vertreter der beiden Grossparteien finden nicht, dass die Verfassung der geeignete Ort sei. Vogt etwa gibt zu bedenken, dass der freie Wählerwille untergraben werden könnte. Er glaubt nicht, dass es für das Anliegen einen Verfassungszusatz benötigt, sondern vielmehr weitere Sensibilisierungsarbeit der verschiedenen Organisationen und das Engagement der Parteien. «Ich



Marcus Vogt (FBP), Günther Fritz (VU), Moderator Bruno Fluder vom Haus Gutenberg, Conny Büchel-Brühwiler (FL), Roland Marxer (HalbeHalbe) und der Politologe Wilfried Marxer (von links) tauschten Argumente für und wider die Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» aus. (Foto: Haus Gutenberg/Roman Büsser)

habe eher eine gewisse Angst, dass sich niemand mehr so richtig darum kümmert, wenn das in der Verfassung steht», so Vogt. Er persönlich werde mit Nein stimmen, der Landesvorstand der FBP beschloss am Mittwoch die Stimmfreigabe.

In der VU entscheidet sich am Dienstag, wie die Parole lautet. Die Initiative sei innerparteilich aber sehr kontrovers diskutiert worden, die Meinungen würden auseinandergehen. So würde sich etwa die Frauenunion, deren Vorsitzende Jnes Ramponne-Wanger gleichzeitig im «HalbeHalbe»-Komitee sitzt, für die Initiative aussprechen. Günther Fritz hingegen ist skeptisch, die Begriffe seien unklar formuliert: «Für mich bedeutet es einfach Unsicherheit, warum sollte man das in die Verfassung schreiben?» Fritz findet vielmehr, dass der Zusatz den Gleichbehandlungsgrundsatz einschränke. «Man öffnet Tür und Tor für die Ungleichbehandlung von Männern und die positive Diskriminierung von Frauen», so Fritz. Durch Quoten- und Listenregelungen würde die freie Wahl eingeschränkt.

Es gehe nicht um Quote

Dem widerspricht Roland Marxer bestimmt: Es gehe nicht um eine Quote, wie dem Komitee immer wieder unterstellt werde. Ausserdem würden Männer nicht benachteiligt, verwies er auf die Formulierung

«Männer und Frauen». Es gebe auch viele Bereiche, in denen Männer gefördert werden müssten. «Fördern heisst nicht fordern», so Marxer. Das Initiativkomitee überlasse die Mittelwahl daher bewusst der Politik und in letzter Konsequenz dem Volk. Conny Büchel-Brühwiler, die als Vorstandsmitglied von Hoi Quote auch die Initiative unterstützt, wünscht sich von den Gegnern einen konkreten Gegenvorschlag zum Verfassungszusatz, wo denn das gemeinsame Anliegen verankert werden sollte. «In den Köpfen aller Männer und Frauen, die wählen dürfen oder sich einer Wahl stellen», entgegnet Vogt. Dass dies reicht, bezweifelt Roland Marxer - «sonst hätte sich in den vergangenen 20 Jahren mehr getan.» Der FBP-Präsident hat hingegen andere Erfahrungen gemacht: So sei es bei der Suche nach Kandidierenden mittlerweile gleich schwer, auch die Argumente von Frauen und Männern für oder gegen ein Amt würden sich nicht mehr unterscheiden. Heutzutage würden auch viele junge Väter die Familienarbeit als Argument vorbringen. Dies bestätigte Günther Fritz: «Der Grund ist bei Männern und Frauen immer derselbe, es geht um Zeitmanagement und Mehrfachbelastung.» Wie der Politologe Wilfried Marxer ausführte, war dies vor zehn Jahren noch anders: Damals hätten die Männer den Beruf oder die Vereins-

arbeit als Grund angegeben, warum sie nicht kandidieren wollen. Bei Frauen sei es ein ganzer Katalog an Argumenten gewesen, von der Familienarbeit bis hin zur Angst vor öffentlicher Kritik. Dass die Parteien aber Frauen bei der Suche nach Kandidierenden diskriminieren, konnte Marxer nicht feststellen - im Gegenteil, «die Parteien wären froh». Büchel-Brühwiler konnte nicht verstehen, warum die Grossparteien angesichts der schwierigen Rekrutierungsarbeit nicht sehen, dass auch der Staat eine Teilverantwortung bei der Sensibilisierung und dem Schaffen von Rahmenbedingungen tragen soll. «Wir übernehmen unsere Verantwortung. Es wäre schön, einen Staat zu haben, der das mitträgt und Ausgewogenheit fördert.» Sie regte an, dass auch die Parteien Strukturen schaffen müssen, damit Frauen auch innerparteilich mehr Aufstiegsmöglichkeiten und Karrierechancen haben: «Es kommt nicht von ungefähr, dass ich als einzige Co-Präsidentin einer Partei hier stehe.» Das wiederum wollten Vogt und Fritz nicht auf sich sitzen lassen: Beide schlossen eine Frau als ihre Nachfolgerin nicht aus.

Ausstrahlung

Die Podiumsdiskussion wird am 10. Juli und am 7. August, jeweils um 18.10 Uhr, auf IFLTV wiederholt. Zudem können Sie den Beitrag jederzeit auf 1fl.li nachsehen.

Infoveranstaltungen: S-Bahn-Gegner fühlen sich benachteiligt

Kritik Herbert Elkuch vom Gegenkomitee zur S-Bahn kritisiert gegenüber Radio L, dass die Regierung auf den Veranstaltungen einseitig informiere. Verkehrsminister Daniel Risch verteidigte das Vorgehen.

VON DANIELA FRITZ

Auch die Regierung muss während der Coronapandemie andere Wege gehen, um die Bevölkerung über das geplante S-Bahn-Projekt und das Mobilitätskonzept 2030 zu informieren. Neben einer neu aufgeschalteten Website kommt sie dem mit zehn kleineren Veranstaltungen in den Gemeinden nach: So sollen nicht zu vie-

le Menschen auf einmal aufeinandertreffen. «Es ist mir ein grosses Anliegen, dass die Bevölkerung sich mit der Thematik vertraut macht und so den Grundstein legt für eine breit abgestützte demokratische Willensbildung», teilte Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch im Vorfeld zu den Veranstaltungen mit. Auf dem Podium sprechen unter dem Motto «Damit Liechtenstein gut fährt» neben den jeweiligen Vorstehern aber nur Beteiligte beziehungsweise Befürworter: Verkehrsminister Daniel Risch, Vertreter des Amtes für Bau und Infrastruktur sowie Daniel Oehry von der LIHK.

Gegenpart schlechter gestellt

«Die Regierung müsste neutral informieren», kritisierte Herbert Elkuch vom Gegenkomitee gegenüber Radio L. Die Veranstaltungen seien einsei-



Herbert Elkuch vom Gegenkomitee zur S-Bahn kritisiert, dass die Regierung die Gegner nicht eingeladen hat. (Foto: MZ)

tig. Die S-Bahn-Gegner seien nie eingeladen worden. Sie hätten sich gewünscht, ihre Argumente ebenfalls auf dem Podium kundtun zu können und fühlen sich übergangen. Elkuch verwies zudem darauf, dass der Gegenpart zur Regierung meistens ohnehin finanziell schlechter gestellt sei. «Dass die Regierung die Pro-Seite mit Steuergeldern so unterstützt, ist nicht gut», meinte er.

Diskussion im Anschluss

Verkehrsminister Daniel Risch verteidigte gegenüber Radio L das Vorgehen. Die Regierung sei gesetzlich verpflichtet, rechtzeitig und mit der nötigen Sachlichkeit zu informieren. Es handle sich nicht um Diskussionsveranstaltungen im herkömmlichen

Sinn, sondern um Informationsveranstaltungen, an denen die Punkte aus dem Bericht und Antrag vorgestellt werden. Am Schluss gebe es aber die Möglichkeit, auch kritisch zu diskutieren. «Von dieser Möglichkeit hat beispielsweise auch Herbert Elkuch in Vaduz Gebrauch gemacht», so Risch. An weiteren Veranstaltungen sei das Gegenkomitee aber nicht anwesend gewesen oder habe sich geäussert.

Informationsanlässe der Regierung (Beginn jeweils um 19 Uhr)

- Montag, 29. Juni: SAL in Schaan
- Mittwoch, 1. Juli: Feuerwehrdepot Mauren
- Donnerstag, 2. Juli: Gemeindegasthaus Balzers
- Freitag, 3. Juli: Gemeindegasthaus Eschen-Nendeln